

Antrag 407/II/2019**Der Landesparteitag möge beschließen:****Ini 07 - Wir brauchen eine zielgerichtete Sicherheitspolitik**

1 Bereits einen Tag nach dem Angriff auf die Synago-
 2 ge in Halle mit zwei Toten begann die politische De-
 3 batte darüber, wie Sicherheitsbehörden Menschen in
 4 Deutschland besser vor Rechtsterrorismus schützen kön-
 5 nen. CDU-Innenpolitiker forderten, dem Verfassungss-
 6 chutz den Zugriff auf verschlüsselte Kommunikations-
 7 kanäle wie WhatsApp zu erlauben. Andere forderten die
 8 Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung. Der In-
 9 nenminister stellte wiederum die Gaming Szene unter Ge-
 10 neralverdacht. Wir als Sozialdemokrat*innen stehen für
 11 die Wahrung der Bürger*innenrechte und einer zielgerich-
 12 teten Sicherheitspolitik:

13

- 14 1. Anstatt immer weiter Bürger*innenrechte einzu-
 15 schränken brauchen wir eine bessere strukturelle
 16 Förderung der Behörden im Kampf gegen Rechtsex-
 17 tremismus. Wir brauchen Behörden mit der notwe-
 18 nigen Ausstattung und vor allem Behörden die end-
 19 lich der Bekämpfung des Rechtsextremismus die
 20 höchste Priorität einräumen.
- 21 2. Wir verstehen Datenschutz und IT-Sicherheit nicht
 22 als Schwäche, sondern als Stärke einer freien Ge-
 23 sellschaft. Daher wollen wir auch in Zukunft Daten-
 24 schutz und IT-Sicherhit stärken. Beides gehört für
 25 uns zur Essenz einer freien Gesellschaft.
- 26 3. Anders als die CDU/CSU stellen wir keine Grup-
 27 pen wie zum Beispiel Gamer*innen unter General-
 28 verdacht. Daher stehen wir für Maßnahmen gegen
 29 ganze Personengruppen nicht bereit. Eine sozial-
 30 demokratische Sicherheitspolitik beinhaltet immer
 31 verdachtsabhängige Maßnahmen.
- 32 4. Die SPD steht nur bereit, um verfassungskonforme
 33 Maßnahme zu diskutieren. Dies schließt Diskussio-
 34 nen über, die mit dem Europarecht nicht vereinbare
 35 Vorratsdatenspeicherung, klar aus.
- 36 5. Die SPD setzt sich für eine lückenlose Aufklärung
 37 rechter Gewalt ein. Die Behörden müssen rechte Ge-
 38 walt mit höchster Dringlichkeit angehen.
- 39 6. Die SPD ist die Partei der Demokratieförderung. Da-
 40 her wollen wir mehr Geld als bislang in die Demo-
 41 kratieförderung geben. Außerdem setzen wir uns
 42 für ein Demokratiefördergesetz ein.

43

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Bereits einen Tag nach dem Angriff auf die Synagoge
 in Halle mit zwei Toten begann die politische Debatte
 darüber, wie Sicherheitsbehörden Menschen in Deutsch-
 land besser vor Rechtsterrorismus schützen können. CDU-
 Innenpolitiker forderten, dem Verfassungsschutz den
 Zugriff auf verschlüsselte Kommunikationskanäle wie
 WhatsApp zu erlauben. Andere forderten die Wiederein-
 führung der Vorratsdatenspeicherung. Der Innenminis-
 ter stellte wiederum die Gaming Szene unter Generalver-
 dacht. Wir als Sozialdemokrat*innen stehen für die Wah-
 rung der Bürger*innenrechte und einer zielgerichteten Si-
 cherheitspolitik:

1. Anstatt immer weiter Bürger*innenrechte einzu-
 schränken brauchen wir eine bessere strukturelle
 Förderung der Behörden im Kampf gegen Rechtsex-
 tremismus. Wir brauchen Behörden mit der notwe-
 nigen Ausstattung und vor allem Behörden die end-
 lich der Bekämpfung des Rechtsextremismus die
 höchste Priorität einräumen.
2. Wir verstehen Datenschutz und IT-Sicherheit nicht
 als Schwäche, sondern als Stärke einer freien Ge-
 sellschaft. Daher wollen wir auch in Zukunft Daten-
 schutz und IT-Sicherheit stärken. Beides gehört für
 uns zur Essenz einer freien Gesellschaft.
3. Anders als die CDU/CSU stellen wir keine Grup-
 pen wie zum Beispiel Gamer*innen unter General-
 verdacht. Daher stehen wir für Maßnahmen gegen
 ganze Personengruppen nicht bereit. Eine sozial-
 demokratische Sicherheitspolitik beinhaltet immer
 verdachtsabhängige Maßnahmen.
4. Die SPD steht nur bereit, um verfassungskonforme
 Maßnahme zu diskutieren. Dies schließt Diskussio-
 nen über, die mit dem Europarecht nicht vereinbare
 Vorratsdatenspeicherung, klar aus.
5. Die SPD setzt sich für eine lückenlose Aufklärung
 rechter Gewalt ein. Die Behörden müssen rechte Ge-
 walt mit höchster Dringlichkeit angehen.